



Informationsbrief

Ausgabe 02/2018



Liebe Mitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Chancen stehen sehr gut, dass mit dem Bau der A20 in Niedersachsen 2019 begonnen werden kann! Denn inzwischen ist der Planfeststellungsbeschluss für den ersten Abschnitt Westerstede – Jaderberg von der A28 bei Westerstede bis zur A29 bei Jaderberg ergangen.

Wir als Förderverein Pro A20 e.V. freuen uns sehr über diese Entwicklung und wir können dabei auch stolz auf uns sein. Denn unsere beharrliche Lobby-Arbeit für das bedeutsame Infrastruktur-Projekt hat sicherlich einen nicht zu unterschätzenden Anteil daran, dass wir so weit gekommen sind.

Allerdings sind die politischen Widerstände, die gegen den Bau der A20 nach wie vor bestehen, nicht zu unterschätzen.

Wer die Äußerungen und Aktivitäten der Gegner näher betrachtet, wird feststellen, dass sie unbeirrt nach Möglichkeiten suchen, um der A20 sozusagen auf den letzten Metern noch den Garaus zu machen.

Aktuell stürzen sich die Gegner zum Beispiel auf die zum Teil abgesackte Fahrbahn bei der A20 in Mecklenburg-Vorpommern und versuchen, daraus Verbindungen zu unserem Projekt abzuleiten. Dass das nicht überzeugend ist – auch das lesen Sie in dieser Ausgabe unseres Infobriefes.

Wir als Förderverein Pro A20 e.V. wollen trotz aller erreichten Erfolge am Ball bleiben, weiterhin über die Pluspunkte und Notwendigkeiten der A20 aufklären, das entsprechende Netzwerk pflegen.

Unsere Bitte an Sie lautet: Bleiben Sie uns gewogen! Sie können zum Beispiel im persönlichen Umfeld für eine Mitgliedschaft im Förderverein Pro A20 e.V. werben (wir haben neue Flyer erstellt!) und uns bei Facebook durch ein „Gefällt mir“ sowie das Teilen der Seite helfen.

Haben Sie Anregungen, Lob oder Kritik? Dann kontaktieren Sie bitte unsere Geschäftsstelle.

Wir wünschen Ihnen nun eine nutzbringende Lektüre dieses Infobriefes. Der nächste Infobrief soll im September 2018 erscheinen.

Der Vorstand

A20: Zum Stand der Dinge

Für vier weitere Abschnitte:
Planfeststellungsverfahren werden eingeleitet

Noch 2018 soll das Planfeststellungsverfahren für vier weitere Abschnitte der A20 eingeleitet werden. Das hat die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr angekündigt.

Zuvor war mit Datum vom 16. April der Planfeststellungsbeschluss für den ersten Abschnitt Westerstede – Jaderberg von der A28 bei Westerstede bis zur A29 bei Jaderberg ergangen.

Die Planfeststellungsverfahren werden in den A-20-Abschnitten 3 (Schwei – Wesertunnel), 6 (Bremervörde – Elm), 7 (Elm – Drochtersen) und im 5. Bauabschnitt (Drochtersen-Stade) eingeleitet.

Parallel dazu starteten im Abschnitt 1 vorbereitende Arbeiten. Unter anderem wird die Ausgleichsfläche Friedrichsfeld in der Stadtgemeinde Varel untersucht. Bei der handelt es sich um einen ehemaligen Militärflugplatz und späteren Standortübungsplatz der Bundeswehr. Auf dieser Ausgleichsfläche sollen sich künftig Bodenbrüter ansiedeln.

12 und 15 Jahre Bauzeit realistisch:
Überschuttverfahren bei schwierigem Baugrund

Trotz des planerischen Hochdrucks wird der Bau der A20 nach Einschätzung der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zwischen 12 und 15 Jahre dauern. Grund ist, dass die Autobahn zu einem großen Teil auf Marschgebiet gebaut werden muss. Dieser schwierige Baugrund muss besonders vorbereitet werden.

Vorgesehen ist ein Bau im Überschuttverfahren, das sich nach Darstellung der Fachleute an vielen anderen Stellen jahrzehntelang bewährt hat.

Ständige Überwachung durch Gutachter-/Sachverständigenbüro

Das Verfahren kam zum Beispiel in den Abschnitten 212 und 211 in der Wesermarsch sowie beim Bau des Teilabschnittes A26 bei Stade zum Tragen.

Für das Überschuttverfahren müssen auf den Trassenverlauf in mehreren Schichten große Mengen Sand aufgebracht werden; zuvor wird so genanntes Geotextil platziert. Durch das Gewicht des Sandes wird das Wasser herausgedrückt, das sich im Boden befindet. Senkrechte Drainage-Rohre im Boden führen das Wasser aus dem Untergrund an die Oberfläche.

Schließlich wird es seitlich in Gräben abgeführt. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass der Boden später nicht weiter absackt. Damit tatsächlich alles Wasser aus dem Boden gepresst wird, muss der Sand pro Bauabschnitt zwei Jahre liegen bleiben.

Während des Verfahrens werden Feuchtigkeit und Stabilität des Bodens durch ein Gutachter-/Sachverständigenbüro ständig überwacht. Das verhindert unbemerkte Grundbrüche.

Das Verfahren schließt ferner aus, dass dem Boden in der näheren Umgebung zu viel Grundwasser entzogen wird, was Schäden an Gebäuden verursachen würde.

Neue Organisationseinheit innerhalb der Behörde: Einer der Schwerpunkte ist transparente Kommunikation

An der zügigen Umsetzung der A20 arbeitet die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr seit Kurzem mit einer neuen, die Geschäftsbereiche übergreifenden Organisationseinheit. Joachim Delfs, Leiter des Geschäftsbereiches Oldenbg der Landesbehörde, erklärte: „Wir haben ein sehr fachkompetentes Team zusammengestellt und werden damit die Planungen mit Hochdruck voran treiben.“ Projektgruppenleiter Sebastian Mannl war vor Antritt seiner neuen Funktion bei der Behörde in Oldenburg für den Fachbereich Planung verantwortlich. Reinmar Wunderling ist als Teilprojekteleiter für den A20-Abschnitt Richtung Oldenburg zuständig, während Julia Uhlig die Teilprojekte A26 und Kehdinger Kreuz leitet.

Neuer Internet-Auftritt der Planer

Einer der Schwerpunkte ist die transparente Kommunikation. Das ist zum Beispiel an dem neuen Internet-Auftritt unter www.kuestenautobahn.niedersachsen.de erkennbar. Dort finden sich interessante Informationen rund um die Planungen, verständlich aufbereitete Grafiken und die zentralen Ansprechpartner.

Die Behörde will Sebastian Mannl zufolge Betroffene persönlich einladen und bereits vor der Auslegung der Pläne über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen informieren. Dabei kooperiert sie mit einer Agentur für Kommunikationsberatung.

Auf Infomärkten konnten und können sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Fragen direkt an Spezialisten der Behörde wenden. Plakate verringern die Komplexität der Materie.

Fazit von Sebastian Mannl: „Wir wollen mehr draußen unterwegs sein.“

A20 und die Hafenhinterlandanbindung

Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen: Weiter mit Nachdruck für die A20

Die Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen begrüßt, dass in Niedersachsen 2019 mit dem Bau der A20 begonnen werden soll. Arbeitsgemeinschafts-Sprecher Karsten Dirks bezeichnet das als "gute Neuigkeiten". Denn erstmals seien Maßnahmen in Niedersachsen so nicht mehr vom Baufortschritt in Schleswig-Holstein abhängig. Dirks zufolge setzt sich die Arbeitsgemeinschaft weiterhin mit Nachdruck für die zügige Fertigstellung der Küstenroute A20 ein. Erfreulicherweise stehen hierfür mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung.

A20: Zur Situation in Schleswig-Holstein

Interviews mit Ministerpräsident Günther und Minister Buchholz: „Glauben, dass es professioneller voran geht“

Der schleswig-holsteinische Wirtschafts- und Verkehrsminister Dr. Bernd Buchholz hat in einem Interview mit dem Magazin „54° Nord“ auch ausführlich zur A20 Stellung bezogen und die Bedeutung dieses Projektes unterstrichen. Nach seiner Überzeugung werde man zum Ende der Legislaturperiode „bereits über einige neue Kilometer fahren“ können. Auf jeden Fall würden die Grundsatzfragen des Ob und Wie geklärt sein. Nur die Frage des Wann werde noch nicht endgültig beantwortet sein, so der FDP-Politiker. Das liegt seines Erachtens nicht zuletzt an den vielen Klagen: „Während wir zum Beispiel bei der Fehmarnbelt-Querung auf dänischer Seite 43 Einwendungen haben, sind es auf schleswig-holsteinischer Seite allein im Planfeststellungsverfahren (der A20) rund 12.600. Wir müssen damit rechnen, dass alles, was wir machen, argwöhnisch beäugt wird – und wie lange solche Klageverfahren dauern, kann niemand richtig sagen.“ Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther nahm zum A20-Thema in einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ Stellung. Seine Überzeugung: „Wesentliche Planungsabschnitte werden in dieser Legislaturperiode abgeschlossen und teilweise bereits baureif sein.“ Seine Zuversicht nimmt der CDU-Politiker aus der Übernahme der Planung durch die Degis. Die habe in den vergangenen sieben Jahren kein einziges Gerichtsverfahren verloren, und solche Verfahren hätten in Kombination mit Planungsfehlern zuletzt immer wieder zu Verzögerungen geführt. Günther: „Deshalb glauben wir, dass es jetzt deutlicher professioneller voran geht.“

Andere Autobahn-Projekte

A39: Bauplanung schreitet gut voran:

Straßenbaubehörde geht auf Umweltverbände zu

Die Straßenbaubehörde wird die für den Bau der A39 erforderlichen vorbereitenden artenschutzrechtlichen Maßnahmen in Kürze beginnen. Diese Maßnahmen müssen im Vorfeld zum Baubeginn stattfinden. Sie dienen dazu, die Umweltverträglichkeit des Autobahnbaus sicherzustellen. Dazu gehören zum Beispiel ein erweiterter Durchlass als wichtige Verbindungsachse und Vernetzungsstruktur insbesondere für den Fischotter sowie das Einrichten von Feldlerchenfenstern).

Diese Maßnahmen müssen fertig sein, bevor der Bau der A39 beginnen kann.

„Gut im Zeitplan für den Bau der A39“

Am 30. April 2018 wurde der für den Bau erforderliche Planfeststellungsbeschluss erlassen. Umweltverbände, darunter der BUND, hatten zwischenzeitlich die Aussetzung des sofortigen Vollzugs beantragt. Diesem Antrag ist die Planfeststellungsbehörde nachgekommen.

Vor dem Bau sind zunächst die erwähnten artenschutzrechtlichen Maßnahmen umzusetzen. Diese Maßnahmen sind im Planfeststellungsbeschluss als vorbereitende Maßnahmen vorgesehen. Sie werden von der Aussetzung des Sofortvollzugs daher ausgenommen, so dass im vorgesehenen Zeitfenster begonnen werden kann.

Niedersachsens Verkehrsminister Dr. Bernd Althusmann stellt hierzu fest: „Wir liegen gut im Zeitplan für den Bau der A 39. Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr ist dabei, die Ausführungsunterlagen für weitere konkrete Bauwerke des Vorhabens zu erstellen. Mir ist aber ebenfalls wichtig, dass wir auch den Bedürfnissen der Umweltverbände im Verfahren entgegenkommen. Ich bin mir sicher, dass allen Akteuren die große verkehrspolitische Bedeutung des Vorhabens bewusst ist.“

Autobahn und Wirtschaftswachstum

Wegen der Nähe zur A27:

Amazon kommt nach Achim

Immer wieder wird der Zusammenhang zwischen dem Bau von Autobahnen, der Ansiedlung von Unternehmen und dem wirtschaftlichen Wachstum in Abrede gestellt. Ein weiteres Gegenbeispiel gibt es nun aus Achim im

Landkreis Verden. Dort hat der Stadtrat Grünes Licht für die Ansiedlung eines Amazon-Logistikzentrums direkt an der Abfahrt Achim-Ost der A27 gegeben.

Der Online-Konzern möchte von hier aus seine Kunden im Großraum Bremen und Oldenburg schneller beliefern. Amazon will sein 13.

Logistikzentrum auf einem 16,8 Hektar großen Gelände errichten, dafür 100 bis 150 Millionen Euro investieren. Eine Eröffnung ist für Ende 2019 oder Anfang 2020 geplant.

Die Rede ist von 2.000 neuen Arbeitsplätzen und zusätzlichen jährlichen Gewerbesteuererträgen von 500.000 Euro.

Autobahn und Planungsdauer

Konferenz der Nord-Regierungschefs: Vorstoß für straffere Planungsprozesse

Das Thema der zu langen und zu komplizierten Planungsprozesse bei der Verkehrsinfrastruktur spielte auch bei der Konferenz der Regierungschefs aus den fünf norddeutschen Ländern im Mai in Bremen eine große Rolle. Die Ministerpräsidenten beziehungsweise Bürgermeister von Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern vereinbarten einen gemeinsamen Vorstoß. Durch ihn sollen die Planungsprozesse zum Realisieren von Großprojekten gestrafft werden, damit sie keine Jahrzehnte mehr in Anspruch nehmen.

Bremens Bürgermeister Carsten Sieling bezeichnete dieses Thema auch deshalb als wichtig, weil es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung „nicht explizit angesprochen“ werde. Deshalb solle es im November bei einem Treffen der Nord-Regierungschefs mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer erneut thematisiert werden.

Gemeinsam mit Hamburgs Erstem Bürgermeister Peter Tschentscher betonte Sieling im Anspruch an die Konferenz, dass Bürgerrechte oder Umweltstandards nicht beschnitten werden sollten. Allerdings sei es vorstellbar, dass Klageverfahren vor Verwaltungsgerichten gleich vor einer oberen Instanz begännen.

Verein Wachstumsregion Ems-Achse: „Mehr Tempo bei Verkehrsinfrastruktur“

Mehr Tempo bei Verkehrsinfrastruktur-Projekten hat Bernard Krone, Vorsitzender des Vereins Wachstumsregion Ems-Achse, auf der Mitgliederversammlung des Vereins im April in Aurich gefordert. Der

Vereinsvorsitzende erinnerte daran, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung entlang der Ems kein Selbstläufer sei. Sie bedürfe guter verkehrlicher Rahmenbedingungen.

In seinem Jahresrückblick konnte Krone berichten, dass der für Ostfriesland, das Emsland und die Grafschaft Bentheim aktive Verein im vergangenen Jahr bei 28 Terminen - darunter dem jährlichen Parlamentarischen Abend in Hannover - insgesamt 2.700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht habe. Bei den Vorstandswahlen wurde die Vereinsspitze mit Bernard Krone als Vorsitzendem einstimmig bestätigt.

Der 2006 gegründete Verein zählt inzwischen rund 570 Mitglieder, 70 mehr als im Vorjahr. Seinerzeit wurde er von Firmen und Kammern, Bildungseinrichtungen und Verbänden ins Leben gerufen, die Lobbyarbeit für diesen Wirtschaftsraum betreiben wollen.

Redner der Mitgliederversammlung war der niedersächsische Wirtschafts- und Verkehrsminister Bernd Althusmann („Verkehrsinfrastruktur ist ein leidenschaftliches Thema für mich“). Er lobte den Verein als beispielhaft. Solches Engagement sollte es auch in anderen Regionen Niedersachsens geben, meinte er.

www.emsachse.de

IHK für Ostfriesland und Papenburg: „Prozesse nicht mehr zeitgemäß“

Die Planungs-, Genehmigungs- und Bauprozesse sind in Deutschland „nicht mehr zeitgemäß“.

Diese Auffassung vertritt Arno Ulrichs in einem Beitrag für das Magazin der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg. Ulrichs ist IHK-Geschäftsführer für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Verkehr.

Dass alle zentralen Verkehrsvorhaben im Norden zusätzlich beklagt würden oder Klagen angekündigt seien, mache die Lage nicht einfacher.

Ulrichs verweist darauf, dass Infrastrukturprojekte in europäischen Nachbarländern wie etwa Dänemark und den Niederlanden deutlich schneller realisiert werden könnten als hierzulande - unter anderem durch begrenzte Klagemöglichkeiten.

So ist es in den Niederlanden zum Beispiel gesetzlich festgelegt, dass Verwaltungsgerichte bei Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse binnen sechs Monaten zu einem Urteil kommen müssen.

In Dänemark wiederum werden Vorhaben durch Baugesetze legitimiert, bei denen die Klagemöglichkeiten deutlich begrenzt sind.